



Wahlprüfsteine Teil IV: Regulierungsbereich

Im August 2009 hat das Informationsforum RFID anlässlich der bevorstehenden Bundestagswahl Wahlprüfsteine an alle Bundestagsfraktionen versandt. Die Fragen teilten sich in vier thematische Schwerpunkte: Mittelstand, Forschung, Datenschutz und Regulierungsrahmen. Anbei finden Sie die Fragen und Antworten zum Thema Regulierungsrahmen.

FREQUENZEN

Bei der Einführung einer neuen Technologie ist die Schaffung von Planungssicherheit von großer Bedeutung. Gerade bei IuK-Technologien benötigen Unternehmen Standards und Regeln, um passende und zukunftsfähige Lösungen zu installieren. Innerhalb der Standardisierung sind in den letzten Jahren große Fortschritte erzielt worden. Nur sehr kleine Fortschritte wurden hingegen bei den Frequenzen erzielt. Die Vergabe der wenigen freiwerdenden Frequenzbereiche beispielsweise durch die Digitale Dividende ist hart umkämpft. Dabei benötigt RFID nur einen Bruchteil der Bandbreite konkurrierender Funktechnologien wie beispielsweise IPTV. Sollte die Verbreitung von RFID-Anwendungen stark zunehmen, werden zukünftig weitere Frequenzen für den Einsatz der Technologie benötigt.

Wie wollen Sie sich für mehr Frequenzbreite für RFID-Anwendungen einsetzen?



Die Anwendung von RFID befindet sich in der Entwicklung. Frequenzbreiten wurden durch die Bundesnetzagentur bereits zugeteilt. Unserer Auffassung nach sollte der enge Kontakt zwischen den unterschiedlichen Akteuren - einschließlich der damit befassten Bundesministerien und Bundesnetzagentur - fortgesetzt werden, um bei entsprechendem zusätzlichem Frequenzbedarf im weiteren Verlauf der Entwicklung die notwendigen Schritte gut abgestimmt in die Wege leiten zu können. Darüber hinaus wäre die internationale Abstimmung von Frequenzbereichen wünschenswert. Es ist uns allerdings mit Blick auf die bereits existierende unterschiedliche Belegung von Frequenzbereichen in den verschiedenen Ländern bewusst, dass dies sehr schwierig ist. Wir werden darauf drängen, dass die Anstrengungen im Bereich der EU und ITU (International Telecommunication Union) fortgesetzt werden.



Die Zuweisung der Frequenzen erfolgt unter dem Zwang des zusätzlichen Nutzungsbedarfs, der mit den bisherigen Frequenzbreiten nicht befriedigt werden kann. Bei einer ausgebauten Nutzung von RFID müssen weitere Frequenzen vergeben werden. Dazu muss die bisherige Nutzung und mögliche Alternativen geprüft werden – so wie dies gerade bei der Nutzungsänderung im Rundfunk erfolgt.



Aus Sicht der FDP müssen bestehende Innovationsbremsen im Bereich der Telekommunikationsindustrie endlich nachhaltig gelöst werden. Hierzu zählt zunächst der Aufbau einer umfassenden und qualitativ hochwertigen Bedarfsdatenbank. Der Bedarf an Frequenzen als knappe Ressourcen hat sich in den letzten Jahren europaweit stark erhöht. Die Marktzuführung freiwerdender Übertragungskapazitäten (sog. „Digitale

Dividende“) ist eine ordnungspolitische Daueraufgabe. Letztlich müssen die bislang zu langwierigen Vergabeverfahren strukturell gestrafft und dadurch zeitlich verkürzt werden.

DIE LINKE. Sollten sich umfangreiche Anwendungsbereiche im Sinne eines „Internet der Dinge“ durchsetzen, werden dafür absehbar auch mehr Frequenzbreiten benötigt. Durch die Entscheidung von Bundesregierung und Bundesrat zur Belegung der frei werdenden Frequenzbereiche („Digitale Dividende“) ist jedoch der Spielraum stark eingeschränkt. DIE LINKE plädiert daher für eine angemessene Zuweisung der Frequenzen, die den gesellschaftlichen Nutzen neuer Anwendungen in die Entscheidungsfindung einbezieht.



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen die Nutzung der digitalen Dividende nicht nur für das mobile Breitband, sondern auch für andere Dienste. Wichtig ist uns, dass weiterhin die Mitgliedstaaten über die Frequenzvergabe entscheiden können und dass die Öffentlichkeit bei der Vergabe von Frequenzen eingebunden wird. Bei der Nutzung der frei werdenden und frei gewordenen Frequenzen müssen kulturelle und soziale Komponenten berücksichtigt werden. Es kann nicht sein, dass allein Marktinteressen den Zugriff auf Frequenzen regeln, die bislang als Rundfunkfrequenzen der Allgemeinheit zugute kamen.

INTERNET DER DINGE

Die Debatte um das sogenannte „Internet der Dinge“ hat seit der Erstellung des „European Policy Outlook RFID“ der deutschen EU-Ratspräsidentschaft an Bedeutung gewonnen. Dabei geht es neben den Zukunftsvisionen vor allem um Regeln für die Ausgestaltung und Steuerung des Netzwerks. Gleichzeitig gibt es zwischen Wissenschaft und Wirtschaft wichtige Diskussionen über ein einheitliches Modell für das „Internet der Dinge“, das als Grundlage für politische Vorgaben erforderlich ist. In diesem Stadium ist es umstritten, wie weit sich die Politik in die Gestaltung des „Internet der Dinge“ einbringen soll.

Wie hoch schätzen Sie die Bedeutung des „Internet der Dinge“ für Wirtschaft und Gesellschaft ein? Sehen Sie zum aktuellen Zeitpunkt einen Bedarf für politische Rahmensetzungen? In welchen Bereichen?



Das „Internet der Dinge“ hat unserer Meinung nach ein hohes Entwicklungspotenzial für die Zukunft. Nicht von ungefähr wird auf dem IT-Gipfel im Dezember dieses Jahres das „Internet der Dinge“ als ein Leuchtturmprojekt vorgestellt werden.

Erste Anwendungen beispielsweise im Automobil- und Logistikbereich legen von den Möglichkeiten der Technologie und ihrer Anwendung Zeugnis ab. Für eine effiziente Nutzung ist eine möglichst europaweite Standardisierung wünschenswert. Darüber hinaus sind die verschiedenen Aspekte des Datenschutzes zu beachten.



Abgesehen vom Datenschutz und der elektromagnetischen Verträglichkeit ist derzeit kein Handlungsbedarf erkennbar. Die Entwicklung muss aber weiter beobachtet werden.



Aus Sicht der FDP sind die zahlreichen Initiativen von Wissenschaft und Privatwirtschaft zur Standardisierung von Verfahren und zur Selbstregulierung des Netzwerks zu begrüßen. Die öffentliche Hand sollte diesen Entwicklungsprozess unterstützend begleiten. Bislang ist nicht erkenntlich, dass ein struktureller Regulierungseingriff notwendig ist.

DIE LINKE.

Das „Internet der Dinge“ steht als Oberbegriff über einer Vielzahl in der Entwicklung befindlicher Kommunikationsprozesse. Diese sind nicht nur mit RFID, sondern mit vielen Datentransfersystemen assoziiert. Ziel des „Internets der Dinge“ ist es, neue aggregierte Datenbestände zu erzeugen und zu vernetzen, die weit über den bisherigen, vor allem von Personen erzeugten Umfang hinaus gehen. Da intelligente Maschinen die Daten produzieren und weitergeben, entstehen große Anforderungen an ein neues Datenschutz- und Informationsverarbeitungsrecht. Dieses muss die informationelle Selbstbestimmung wahren und persönliche Daten schützen. Vor dem Hintergrund aktueller Datenskandale ist dieser Aspekt der Regulierung nicht hoch genug einzuschätzen.

Zudem sind Anwendungen im Sinne eines „Internet der Dinge“ mit zusätzlichem Energie- und Ressourcenverbrauch verbunden. DIE LINKE sieht auch in diesem Bereich daher neuen Regulierungsbedarf. Bereits jetzt trägt die digitale Kommunikation nach Schätzungen mit etwa 2 Prozent genauso viel zum Treibhausgasausstoß bei wie der globale Flugverkehr. Energie- und ressourcensparende Technologien sind Voraussetzung für eine weitere Verbreitung vernetzter Anwendungen. Zudem muss ein Regelungsrahmen für die aufwendige Beseitigung der mit Metallen wie Silizium, Kupfer oder Quecksilber versetzten Chip- und Sensorenteknik entwickelt werden.



RFID-Technologie sowie das Internet der Dinge sehen wir als Zukunftstechnologien mit viel Potential aber auch vielen Risiken. Besonders dringlich erscheint uns die Regelung von Daten- und Verbraucherschutzfragen. Sollen entsprechende Technologien bei Produkten für Endkunden zum Einsatz kommen, muss gewährleistet sein, dass ihr Einsatz für den Kunden sichtbar ist und sie z. B. beim Bezahlvorgang deaktiviert werden können. Generell plädieren wir für eine Opt-In-Regelung für die Verwendung von RFID-Chips bei Endkunden, wobei es keine Benachteiligung irgendeiner Art bei Nichteinwilligung geben darf.

Neben dem Datenschutz sehen wir die Umweltverträglichkeit der Herstellung und Entsorgung der Chips als einen Bereich, in dem verbindliche Regelungen getroffen werden sollten.

DIALOG

Seit dem Jahr 2006 diskutieren Politik und Interessensvertreter in verschiedenen Gruppen auf europäischer und nationaler Ebene Fragen zur RFID-Technologie. Dadurch wird der Informationsaustausch unterstützt, abgestimmtes Handeln gefördert und die Diskussion über gesellschaftspolitische Fragen frühzeitig geführt.

Halten Sie diese Form des Dialogs für sinnvoll und unterstützen Sie seine Fortsetzung?



Gerade wenn eine Technologie aus der Versuchs- und Einführungsphase in die breite Anwendung übergehen soll, ist ein intensiver Dialog der Beteiligten von hoher Wichtigkeit. Hierdurch können Missverständnisse vermieden, Rahmenbedingungen zielgerecht gesetzt und die Potenziale einer neuen Technologie effizient ausgeschöpft werden. Daher befürworten die CDU ausdrücklich die Fortsetzung der zweimal jährlich unter Federführung des BMWi stattfindenden RFID - Dialogplattform. Wir sind überzeugt, dass im Zuge dieses Dialogs die aufgeworfenen Fragen kontinuierlich diskutiert und passgenauen Lösungen zugeführt werden können.



Jeder Dialog – insbesondere zwischen den Entwicklern, den Anwendern und den betroffenen gesellschaftlichen Gruppen – ist hilfreich. Ob die Politik und der Gesetzgeber beteiligt werden soll, müssen die Betroffenen entscheiden – oder gegebenenfalls für den Fall vorsehen, dass sie mit aufgeworfenen Problemen nicht allein klar kommen.



Die FDP begrüßt und unterstützt die intensiven Bemühungen von Wissenschaft und Privatwirtschaft, bestehende Vorbehalte gegen RFID-Technologie durch Dialog und Information abzubauen.

DIE LINKE.

Grundsätzlich unterstützen wir den Dialog zwischen Politik, Verbraucherschützern, Umweltverbänden und Wirtschaft zu den Chancen und Risiken von Technologien wie RFID. DIE LINKE setzt sich jedoch dafür ein, diesen mit größtmöglicher Transparenz zu führen. Debatten über Forschungsförderung, über Regulationsnotwendigkeiten sowie über öffentliche Beschaffung dürfen nicht hinter verschlossenen Türen geführt werden, wie das unter der jetzigen Bundesregierung etwa bei der Förderung großer Innovationsallianzen geschehen ist. Das Parlament sollte in den Dialog stärker einbezogen werden. Neue Technologien finden nur dann Akzeptanz, wenn die Industrie ihrer Verpflichtung zu umfassender Risikoabschätzung und -transparenz nachkommt.



Wir unterstützen die Fortsetzung eines derartigen Dialogs, um die mit RFID-Anwendungen verbundenen Datenschutz-Risiken, Verbraucherinteressen und ökologischen Fragen in Bezug auf Ressourcenabbau, Recycling und Entsorgung mit Ihnen zu diskutieren.